

Plenarprotokoll

89. Sitzung

Freitag, 22. Mai 2015

Noch mehr Flüchtlingsschutz in Europa! 7486

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 18/3018:

"Noch mehr Flüchtlingsschutz in Europa!"

zum Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW "Mehr Flüchtlingsschutz in Europa!"

Drucksache 18/2970:

"Noch mehr Flüchtlingsschutz in Europa!"

Angelika Beer (PIRATEN): 7492

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu Anfang habe ich mir überlegt: Warum gab es eigentlich nicht schon 2013 eine Schweigeminute, als Hunderte vor Lampedusa ertranken? – Dann habe ich mir gedacht: Doch, es ist richtig. Denn wir sind nicht die einzigen. Endlich haben auch auf europäischer Ebene alle zu dem Mittel der Schweigeminute gegriffen. Das macht mir Hoffnung, dass sich nun endlich, Herr Kollege Klug, **Menschenrechte** vielleicht doch gegen **nationale Interessen** durchsetzen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Außengrenzen** sind zu einem umkämpften Raum der **EU-Politik** zwischen Grenzkontrollen und Flüchtlingsrechten geworden. Das darf nicht so bleiben. Wir brauchen dringend ein umfassendes Konzept für eine gut ausgestattete, ständige humanitäre Rettungsoperation auf hoher See. „Mare Nostrum“ kann hier das Vorbild sein. Wir wollen, dass sich dann alle europäischen Mitgliedstaaten dazu bekennen und einen finanziellen Beitrag leisten.

Die von Frontex koordinierten Operationen „Triton“ und „Poseidon“ sind hierfür völlig ungeeignet; denn ihre originäre Aufgabe ist der Grenzschutz und keine humanitäre **Menschen**, die in Europa **Schutz suchen**, sind keine Feinde, die es durch solche Institutionen abzuwehren gilt. Es gilt, sie zu retten und dann menschenwürdig zu behandeln.

Liebe Kollegen, wir müssen das **Sterben** an den **EU-Außengrenzen** endlich beenden und legale, gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge öffnen. Wir freuen uns darüber, dass wir in den letzten Wochen in verschiedenen Ausschüssen und in unterschiedlichen Anhörungen zum Änderungsantrag meiner Fraktion „Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa“ konstruktiv diskutiert haben. Ich freue mich insbesondere darüber, dass sich die koalitions- tragenden Fraktionen mit unseren elementaren Punkten einverstanden erklärt haben und wir heute einen gemeinsamen Antrag hier zur Abstimmung stellen.

Ich hätte mich gefreut, wenn auch CDU und FDP diesen Weg mitgegangen wären. Aber die Differenzen sind im Moment in der Tat noch zu groß.

Gleichwohl brauchen wir **Gemeinsamkeit in der Sache**. Wir sind zwar nur ein Bundesland im Norden Europas, aber wir können Signale setzen. Ich bin überzeugt davon: Wir können laut werden und gemeinsam alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um dazu beizutragen, dass sich die Katastrophen der Unmenschlichkeit nicht wiederholen.

Wir setzen uns daher für **humanitäre Visa** ein, damit es den Flüchtenden überhaupt möglich ist, legal in die EU einzureisen. Sowohl über EU-Botschaften in sicheren Grenzstaaten als auch in den bestehenden Botschaften und Konsulaten der Mitgliedstaaten könnten Visaanträge geprüft und Visa erteilt werden. Dies würde den Schleppern den Nährboden entziehen. Legale Einreise ist die schärfste Waffe gegen Schlepper.

Die Ergebnisse des Rates in Brüssel vom April machen mich ein Stück weit traurig, aber zugleich auch wütend. Die EU als Träger des Friedensnobelpreises ist dabei, ihre letzte **Glaubwürdigkeit in der Flüchtlingspolitik** endgültig aufs Spiel zu setzen, weil sie dabei ist, die Abschottungspolitik der Europäischen Union zu zementieren.

Dass nun die Möglichkeit geschaffen worden ist, militärisch gegen Flüchtlingsboote und Schleuser vorzugehen, ist **eine Militarisierung der Flüchtlingspolitik**.

Deswegen, Kollege Klug, streiten wir für ein neues Europa, das an einem Strang zieht, in dem sich die Länder nicht gegeneinander ausspielen und in dem politische Lösungen nicht durch militärische ersetzt werden. Schiffe zu versenken, ist auf keinen Fall ein Mittel, um Flüchtenden zu helfen oder ihnen ihre Ängste und Sorgen zu nehmen.

Ich hoffe, dass Claude Juncker seine Eckpunkte korrigiert. Eine Stärkung von Frontex und Mehrausgaben für das Grenzüberwachungssystem Eurosur sind nicht der richtige Weg. Mit der 1 Milliarde € für ein System der Totalüberwachung unter

einem humanitären Deckmantel könnte man in Europa sehr viel mehr erreichen, zum Beispiel die Fluchtursachen bekämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es klingt fast ein bisschen zynisch, angesichts der Vielzahl der Flüchtlinge jetzt über **Quoten und Verteilerschlüssel** zu reden. Aber wir müssen es tun. Dazu gehört die Erkenntnis, dass die Dublin-Verordnung gescheitert ist.

Ich möchte in diesem Rahmen noch einmal allen danken, die sich in den Ausschüssen beteiligt haben, auch dem Flüchtlingsrat und den Flüchtlingsorganisationen.

Zum Schluss möchte ich die Kanzlerin zitieren. Ich hoffe, sie meint es ernst und sie lässt die Maizière nicht weiter an der langen Leine laufen. Die Kanzlerin hat gesagt:

„Wir werden alles tun, um zu verhindern, dass weitere Opfer im Mittelmeer vor unserer Haustür umkommen, auf quälende Art und Weise. Das vereinbart sich nicht mit unseren Werten.“

Ich nehme die Kanzlerin hier ernst. Sie hat bis Juni nur noch wenige Tage Zeit, dies umzusetzen. Dabei sollte sie unsere Unterstützung haben. - Danke für die Aufmerksamkeit.

Beschluss: ----- 7498

1. Ablehnung des selbstständigen Antrags Drucksache 18/3031 in alternativer Abstimmung
2. Annahme des Antrags Drucksache 18/2970 (neu) in alternativer Abstimmung

Ich stelle den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2970 (neu), zur Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Piratenfraktion. Enthält sich jemand? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag Drucksache 18/2970 (neu) angenommen